

PRESSEMELDUNG

13. Oktober 2022

IWF bescheinigt wirtschaftlichen Abstieg

Deutschland wird zum Schlusslicht unter den Industrienationen

Deutschlands wirtschaftlicher Abstieg ist nun international amtlich: Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für die Bundesrepublik im kommenden Jahr mit einer Rezession – anders etwa als für Frankreich, Spanien oder Großbritannien. Dazu erklärt Gitta Connemann, die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT): „Nun ist es leider amtlich. Deutschland trägt die Rote Laterne. Die früher führende Wirtschaftsnation Europas ist jetzt das Schlusslicht unter den Industrienationen. Alle diese Länder befinden sich vor denselben Herausforderungen. Aber Deutschland verliert den Anschluss. Alle wirtschaftlichen Prognosen werden durch die Bank nach unten korrigiert. Unsere Wirtschaft bekommt damit die nationale Quittung für das desaströse Krisenmanagement der Bundesregierung.“

In Deutschland sei die Verlangsamung des Wachstums „besonders stark“, heißt es in dem IWF-Bericht. Laut der Währungshüter wird Deutschlands Wirtschaftsleistung sich auf minus 0,3 Prozent entwickeln. Demgegenüber wird für die Eurozone ein positives Wachstum von 0,5 Prozent erwartet, für die Weltwirtschaft plus 2,7 Prozent, für China sogar 4,4 Prozent. Gitta Connemann: „Es gab in den letzten Jahren immer wieder Krisen mit wirtschaftlichen Einbrüchen – Eurokrise, Finanzkrise, Pandemie. Davon konnte das Gros der Betriebe sich jeweils schnell erholen. Aber jetzt steuert das Land in eine dauerhafte Rezession. Es droht eine lange Durststrecke. Denn die Ampel schafft es seit Monaten nicht, Antworten für die Energiekrise zu finden. An erster Stelle müsste das Energieangebot ausgeweitet werden – ohne Denkverbote. Jede Kilowattstunde muss ans Netz. Die ideologischen Hahnenkämpfe um Kernenergie, Biomasse usw. müssen dafür aufhören. Erst das Land, dann die Parteien.“

Die MIT-Bundesvorsitzende warnt vor langfristigen irreparablen Schäden für den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland. Connemann: „Gerade jetzt muss für Planungssicherheit gesorgt werden. Eine gute Wirtschaftspolitik muss die mittlere und lange Sicht im Blick haben. Blitzentscheidungen und dauernde Strategiewechsel sind Gift für den Standort. Mit Aktionen wie der Gasumlage zerstört man Vertrauen auch von Investoren. Zahlreiche Unternehmen denken gerade über eine Abwanderung nach. Es drohen langwierige Anpassungsprozesse wie in den 1970er Jahren. Diese mittlere und lange Sicht müsste die Ampel berücksichtigen. Mit ihren Ad-hoc-Maßnahmen löst sie die Probleme nicht. Die Ampel muss endlich aufwachen!“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

Kontakt

Dr. Juliane Berndt | Leiterin Kommunikation | MIT-Bundesgeschäftsstelle | Schadowstr. 3 | 10117 Berlin | T: 030 220798-17 | berndt@mit-bund.de | www.mit-bund.de